

597397-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – Neubau Nuklearmedizin - Universitätsklinikum des Saarlandes, Homburg

OJ S 167/2026 31/08/2026

**Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen**

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Das Saarland, vertreten durch das Ministerium für Inneres, Bauen und Sport, vertreten durch das Landesverwaltungsamt (LaVA), Abt. 4 SHB - Staatliche Hochbaubehörde

E-Mail: S.Richter-Scheil@lava.saarland.de

Rechtsform des Erwerbers: Regionale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Neubau Nuklearmedizin - Universitätsklinikum des Saarlandes, Homburg

Beschreibung: Gegenstand dieses Vergabeverfahrens sind sämtliche Planungs- und Überwachungsleistungen der Objektplanung Gebäude gemäß Teil 3 Abschnitt 1 HOAI 2021, die erforderlich sind, um den Neubau für die Nuklearmedizin zu planen und auszuführen. Das Universitätsklinikum des Saarlandes (UKS) ist das Klinikum der Universität des Saarlandes mit Sitz in Homburg. Der Klinikcampus befindet sich südlich des Homburger Stadtzentrums und umfasst ein mehr als 200 Hektar großes Waldgebiet, in dem sich über 100 Klinikgebäude verteilen. Das Universitätsklinikum des Saarlandes plant den Ersatzneubau der Klinik für Nuklearmedizin. Der Neubau dient der klinischen Versorgung von Patientinnen und Patienten mit nuklearmedizinischen Diagnose- und Therapieverfahren. Das Gebäude gliedert sich in die drei Funktionsbereiche Station, Diagnostik und Ambulanz sowie Labor einschließlich anteiliger Flächen für Forschung und Lehre. Schwerpunkte der medizinischen Versorgung liegen in der Diagnostik und Behandlung von Schilddrüsenerkrankungen sowie onkologischen Erkrankungen. Darüber hinaus sollen die räumlichen Voraussetzungen für die Weiterentwicklung innovativer nuklearmedizinischer Behandlungsmethoden geschaffen werden. Die Beauftragung der Planungsleistungen wird stufenweise erfolgen: Vertragsstufe 1 / Leistungsstufe 1: Leistungsphasen 2; Vertragsstufe 2 / Leistungsstufe 2: Leistungsphasen 3, 4; Vertragsstufe 3 / Leistungsstufe 3: Leistungsphasen 5, 6, 7 Vertragsstufe 4 / Leistungsstufe 4: Leistungsphase 8 Vertragsstufe 4 / Leistungsstufe 5: Leistungsphase 9 Die in den einzelnen Leistungsstufen bzw. Leistungsphasen jeweils zu erbringenden Teilleistungen können der Anlage „Spezifische Leistungspflichten“ entnommen werden, die Bestandteile der Ausschreibungsunterlagen sind. Zwischen den einzelnen Leistungsstufen/-phasen können aufgrund von Prüfungen und erforderlichen Freigaben Pausen entstehen. Die ES-Bau ist spätestens 8 Monate nach Auftragserteilung vorzulegen. Die EW-Bau ist spätestens 9 Monate nach Freigabe der ES-Bau vorzulegen. Vorlage der Ausschreibungsunterlagen: Termine gemäß genehmigter EW-Bau. Mit Abruf der Leistungsstufe 4 ist der Terminplan vom Auftragnehmer in Abstimmung mit dem Auftraggeber bzw. vom Auftraggeber beauftragten Projektsteuerer auf der Grundlage der Termine gemäß § 5.4.1 des Vertrages zu aktualisieren.

Die darin enthaltenen Termine stellen die Vertragsfristen für Baubeginn und Fertigstellung dar.

Verfahrensstufe 1 – Teilnahmewettbewerb Eine unbeschränkte Zahl von Bewerbern wird zur Abgabe von Teilnahmeanträgen aufgefordert. Die Ausschlusskriterien für den Teilnahmeantrag sowie die Eignungskriterien und deren Wichtung und Wertung können im Detail der Wertungsmatrix Stufe 1 Teilnahmewettbewerb entnommen werden. Das Honorarangebot ist nicht mit dem Teilnahmeantrag abzugeben, sondern erst nach gesonderter Aufforderung in der zweiten Verfahrensstufe.

Verfahrensstufe 2 - Angebote und Verhandlung Nach Aufforderung durch den Auftraggeber reichen die ausgewählten Bieter folgende Unterlagen zur festgelegten Frist ein: Nachweise für das vorgesehene Projektteam, Präsentationsunterlagen für das Verhandlungsgespräch, Honorarerstangebot. Der Auftraggeber behält sich vor, den Auftrag auf Grundlage des Honorarerstangebotes zu erteilen, ohne weitere Verhandlungen zu führen. Nach Abschluss aller Verhandlungsgespräche werden die Bieter aufgefordert, über die Vergabeplattform ihr finales Angebot (Präsentationsunterlagen sowie finales Honorarangebot) fristgerecht einzureichen. Die Verhandlungsgespräche werden in deutscher Sprache geführt, ebenso erfolgt die gesamte Projektabwicklung in deutscher Sprache. Bis zum Ablauf der Bindefrist ist der Bieter an sein Angebot gebunden. Eine Aufwandsentschädigung für die Bewerbungsunterlagen und die Leistungen für das Verhandlungsverfahren erfolgt nicht. Nach Vorliegen der finalen Honorarangebote erfolgt die Wertung anhand der Wertungsmatrix Stufe 2. Die Zuschlagskriterien sowie deren Gewichtung und Bewertungsmaßstäbe können im Einzelnen der Wertungsmatrix Stufe 2 zum Verhandlungsverfahren entnommen werden. Mit dem finalen Angebot ist die Anerkennung Vertragsvorentwurfs, der den Ausschreibungsunterlagen beiliegt, vom Bieter schriftlich zu bestätigen. Auftragserteilung Der Zuschlag erfolgt auf das Angebot, welches unter Berücksichtigung der Zuschlagskriterien gemäß Wertungsmatrix Stufe 2 zum Verhandlungsverfahren insgesamt die höchste Punktzahl erreicht. Der Auftraggeber behält sich vor, die Beauftragung auf einzelne Leistungsstufen, auf Teilleistungen einzelner Leistungsstufen oder auf einzelne Abschnitte der Baumaßnahme zu beschränken. Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer mit Vertragsschluss mit der Erbringung der Leistungsstufe 1 (ES-Bau). Der Auftraggeber beabsichtigt, bei Fortsetzung der Planung und Ausführung der Baumaßnahme weitere Leistungen einzeln oder im Ganzen abzurufen. Ein Rechtsanspruch auf Beauftragung weiterer Leistungsstufen besteht nicht. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Leistungen der weiteren Leistungsstufen zu erbringen, wenn der Auftraggeber sie ihm innerhalb von 36 Monaten nach Fertigstellung der bisher in Auftrag gegebenen Leistungen überträgt. Aus der stufenweisen Beauftragung kann der Auftragnehmer keine Erhöhung seines Honorars ableiten. Der Auftragnehmer kann aus der Nichtbeauftragung weiterer Stufen keinerlei Ansprüche gegen den Auftraggeber geltend machen. Der Auftraggeber bleibt frei in seiner Entscheidung, ob er den Auftragnehmer oder einen Dritten mit weiteren Leistungen beauftragt. Alle Informationen zu dem Vergabeverfahren und eine Übersicht über sämtliche Ausschreibungsunterlagen können der Infobroschüre entnommen werden.

Kennung des Verfahrens: 75c9839f-9745-446f-a153-02cebdc27d41

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Homburg

Postleitzahl: 66421

Land, Gliederung (NUTS): Saarpfalz-Kreis (DEC05)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: Universitätsklinikum des Saarlandes, Homburg

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen

Berufsstand vorbehalten: Verweis auf § 75 Abs. 2 in Verbindung mit § 44 Abs. 1 VgV.

Nachunternehmer, Eignungsleihe: Die Leistungsteile, die durch einen Nachunternehmer erbracht werden sollen, sind zu benennen. Im Falle einer Eignungsleihe sind vom

Eignungsleihenden auch alle geforderten Eigenerklärungen abzugeben. Gemäß § 47 VgV kann ein Bewerber oder Bieter im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen, wenn er nachweist, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden (Verpflichtungserklärung). Im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit oder die einschlägige berufliche Erfahrung kann er die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden. Mehrfachbewerbungen:

Mehrfachbewerbungen für den zu vergebenden Auftrag Planungs- und Überwachungsleistungen der Objektplanung Gebäude sind nicht zulässig.

Mehrfachbewerbungen im Rahmen der vorliegenden Ausschreibung einzelner Bewerber oder einzelner Mitglieder einer Bewerbungsgemeinschaft können zum Ausschluss aller betroffenen Angebote führen, wenn dem Bewerber, der Bewerbungsgemeinschaft oder den betroffenen konkurrierenden Mitgliedsunternehmen oder Bewerbungsgemeinschaften der Nachweis, dass die fraglichen Angebote völlig unabhängig voneinander erstellt wurden, nicht gelingt.

Bewerberfragen: Fragen der Bewerber sind ausschließlich über die Bieterkommunikation der Vergabepattform bis spätestens 10 Kalendertage vor Bewerbungsschluss einzureichen. Die

Beantwortung der Bewerberfragen durch die Vergabestelle erfolgt vollelektronisch über die Vergabepattform. Abgabe der Teilnahmeanträge: Teilnahmeanträge (ausgefülltes Formblatt und alle dort genannten Anlagen) dürfen ausschließlich verschlüsselt und elektronisch in Textform gemäß § 126 b Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) über den Assistenten zur Einreichung von Teilnahmeanträgen der Vergabepattform subreport eingereicht werden.

Teilnahmeanträge, die über die Bieterkommunikation der Vergabepattform, per E-Mail, schriftlich auf dem Postweg eingehen oder persönlich abgegeben werden, werden ausgeschlossen. Sämtliche nach der Bekanntmachung vom Auftraggeber auf der Vergabepattform eingestellten Mitteilungen, Informationen und Unterlagen werden Bestandteil der Vergabeunterlagen. Auswahl der Teilnehmer: Nach Prüfung und Wertung der

eingereichten Teilnahmeanträge gemäß Wertungsmatrix Stufe 1 wählt der Auftraggeber mindestens drei und maximal fünf geeignete Bewerber zur weiteren Teilnahme am Verhandlungsverfahren aus. Die drei bis fünf Bewerber mit den höchsten Punktzahlen werden zur Angebotsabgabe aufgefordert und zu Verhandlungsgesprächen eingeladen. Sollten

weitere Bewerber die gleiche Punktzahl erreichen, entscheidet das Los. Der Auftraggeber behält sich vor, bei weniger als drei geeigneten Bewerbern das Verfahren gegebenenfalls auch mit weniger als drei Bewerbern/Bietern durchzuführen. Bieterfragen: Fragen der Bieter sind ausschließlich über die Vergabepattform bis zu einer mit Aufforderung zur Angebotsabgabe bekanntgegebenen Frist einzureichen. Die Beantwortung der Bieterfragen durch die Vergabestelle erfolgt vollelektronisch über die Vergabepattform. Der Ablauf

innerhalb der Verfahrensstufe 2 ist im Detail der Infobroschüre zu entnehmen.

Angebotsabgabe: Nach Aufforderung durch den Auftraggeber reichen die ausgewählten Bieter folgende Unterlagen zur festgelegten Frist ausschließlich verschlüsselt und elektronisch in Textform gemäß § 126 b Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) über die Angebotsabgabe der Vergabeplattform subreport ELVIS ein: Für die für die Projektleitung, die stellvertretende Projektleitung und die Objektüberwachung vorgesehenen Personen jeweils die Qualifikationsnachweise (Abschlusszeugnisse) sowie aussagekräftige berufliche Lebensläufe und Referenzübersichten (einschließlich aller ausschlaggebenden Referenzdaten, der Zuordnung der Objektplanungsleistungen zur Honorarzone, den Leistungszeiträumen und der von der jeweiligen Person erbachten Leistungsphasen sowie ihrer Funktion im Projekt), Präsentationsunterlagen für das Verhandlungsgespräch, Honorarerstangebot. Die Präsentationsunterlagen sind in Struktur, Inhalt und Präsentationsreihenfolge entsprechend der Wertungsmatrix Stufe 2 zum Verhandlungsverfahren aufzubauen. Unterlagen und Angebote, die über die Bieterkommunikation der Vergabeplattform, per E-Mail, schriftlich auf dem Postweg eingehen oder persönlich abgegeben werden, werden ausgeschlossen. Für Teilnahmeanträge und Angebotsabgabe sind die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Unterlagen und Formblätter zu verwenden und um die geforderten Angaben und Nachweise zu ergänzen.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Die Ausschlusskriterien für den Teilnahmeantrag können im Einzelnen der Wertungsmatrix Stufe 1 entnommen werden. Dem Teilnahmeantrag kann entnommen werden, welche Nachweise und/oder Eigenerklärungen jeweils vom Einzelbewerber/Federführender der Bergwerksgemeinschaft, weiteren Mitgliedern der Bergwerksgemeinschaft, Nachunternehmern vorzulegen sind. Es wird auf folgende Regelungen der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV) verwiesen: § 57 VgV Ausschluss von Teilnahmeanträgen und Angeboten. Von der Wertung ausgeschlossen werden Teilnahmeanträge von Unternehmen, die die Eignungskriterien zu den §§ 44, 45 und 46 VgV nicht erfüllen. Verweis auf 5.1.9 Eignungskriterien und dort genannte Mindestanforderungen. Von der Wertung ausgeschlossen werden Teilnahmeanträge und Angebote, die nicht den Erfordernissen des § 53 VgV genügen. § 36 VgV Unteraufträge: Eigenerklärung über die beabsichtigte Weitergabe des Auftrags oder von Teilen des Auftrags an Dritte (Formblatt 233, 235) sowie Verpflichtungserklärung des/der Dritten (Formblatt 236). Im Falle von Unterauftragnehmern dürfen gegen diese/diesen keine Ausschlussgründe vorliegen. § 43 VgV Rechtsform von Unternehmen und Bietergemeinschaften: Gefordert wird eine Eigenerklärung der Bergwerksgemeinschaft über die Aufteilung der Leistungen auf die Mitglieder der Bergwerksgemeinschaft, über die gesamtschuldnerische Haftung und zur Rechtsform der Bergwerksgemeinschaft sowie eine Vollmachtserklärung für den Federführenden (Formblatt 234) und eine Eigenerklärung des Bewerbers über eventuelle wirtschaftliche Verknüpfungen des Bewerbers/der Bergwerksgemeinschaft mit Unternehmen und über eine eventuelle auftragsbezogene Zusammenarbeit mit Anderen. § 47 VgV Eignungsleihe: Im Falle der Eignungsleihe hat das eignungsverleihende Unternehmen mit dem Teilnahmeantrag eine Verpflichtungserklärung zur Eignungsleihe sowie entsprechende Eignungsnachweise vorzulegen. Ein Bewerber oder Bieter kann im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer

Unternehmen in Anspruch nehmen, wenn er nachweist, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden (Verpflichtungserklärung). Im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit oder die einschlägige berufliche Erfahrung kann er die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden. § 48 VgV Nichtvorliegen von Ausschlussgründen: Gefordert werden eine Eigenerklärung, dass die Ausschlussgründe nach § 123 GWB nicht vorliegen (bei Bewerbergemeinschaften jeweils für alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft sowie für Nachunternehmer), eine Eigenerklärung, dass die Ausschlussgründe nach § 124 GWB nicht vorliegen (bei Bewerbergemeinschaften jeweils für alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft und Nachunternehmer) und eine Eigenerklärung, ob eine Selbstreinigung nach § 125 GWB stattgefunden hat (bei Bewerbergemeinschaften jeweils für alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft sowie für Nachunternehmer, auf welche die Selbstreinigung zutrifft). Gefordert wird eine Eigenerklärung zur Erfüllung der gesetzlichen Pflichten zur Zahlung der vom Finanzamt erhobenen Steuern sowie der Sozialversicherungsbeiträge (bei Bewerbergemeinschaften jeweils für alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft sowie für Nachunternehmer). Gefordert wird eine Verpflichtungserklärung zur Tariftreue und fairen Löhnen für die Vergabe von öffentlichen Bau-, Liefer-, und Dienstleistungsaufträgen nach dem Saarländisches Tariftreue- und Fairer-Lohn-Gesetz - STFLG (bei Bewerbergemeinschaften jeweils für alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft sowie für Nachunternehmer). Gefordert wird eine Eigenerklärung zu den Sanktionen der EU gegen Russland nach Verordnung (EU) 2022/576 (bei Bewerbergemeinschaften jeweils für alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft sowie für Nachunternehmer).

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Neubau Nuklearmedizin - Universitätsklinikum des Saarlandes, Homburg
Beschreibung: Gegenstand dieses Vergabeverfahrens sind sämtliche Planungs- und Überwachungsleistungen der Objektplanung Gebäude gemäß Teil 3 Abschnitt 1 HOAI 2021, die erforderlich sind, um den Neubau für die Nuklearmedizin zu planen und auszuführen.
Verweis auf Ziff. 2.1 Verfahren
Interne Kennung: LSOS - Nr. 13-800.006.09

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen
Zusätzliche Einstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Homburg
Postleitzahl: 66421
Land, Gliederung (NUTS): Saarpfalz-Kreis (DEC05)
Land: Deutschland
Zusätzliche Informationen: Universitätsklinikum des Saarlandes, Homburg

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 90 Monate

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:other-sme#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mindestanforderungen an die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit: Erklärung über eine Berufshaftpflichtversicherung in geeigneter Höhe (3 Millionen € für Personenschäden und 5 Millionen € für sonstige Schäden, wobei die Deckungssummen pro Versicherungsjahr 2-fach maximiert ist) zur Verfügung stehen; bei einer aktuell niedrigeren Höhe kann auch eine Bescheinigung der Versicherung vorgelegt werden, in der bestätigt wird, dass bei einer Beauftragung die Versicherungssumme auf die vorgegebene Mindesthöhe angepasst wird / werden kann). Hinweis: Eine Unterdeckung der Berufshaftpflichtversicherung oder Nichtvorlage einer entsprechenden Versicherungsbescheinigung bei Unterdeckung führt zwingend zum Ausschluss. (Bei Bewerbungsgemeinschaften muss die Haftpflichtversicherung für die ARGE bzw. für ARGE-Leistungen vorgehalten werden.)

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mindestanforderungen an die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit: Mindestens 1.000.000 € brutto Umsatz für Planungsleistungen gemäß Teil 3 Abschnitt 1 HOAI 2021 „Objektplanung Gebäude“, Leistungsphasen 1 bis 9, pro Jahr in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mindestanforderungen an die technische und berufliche Leistungsfähigkeit: Mindestens 6 festangestellte Architekten und/oder Ingenieure (Berufsabschluss Dipl.-Ing. TH/TU/FH oder Bachelor- oder Masterabschluss) einschließlich Büroinhaber im Bereich "Objektplanung Gebäude", jeweils in den letzten 3 abgeschlossenen Kalenderjahren und im Jahr 2026 zum Zeitpunkt der Einreichung des Teilnahmeantrags. Der Bewerber/die Bewerbungsgemeinschaft bestätigt mit dem Teilnahmeantrag, dass im Falle des Erreichens der Verfahrensstufe 2 und im Auftragsfall das Projektteam (Projektleitung, stellvertretende Projektleitung, Objektüberwachung) wie nachfolgend beschrieben besetzt wird. In Verfahrensstufe 2 sind die Personen für Projektleitung, stellvertretende Projektleitung und Objektüberwachung namentlich zu benennen und die jeweiligen Nachweise zur Berufserfahrung und zur Qualifikation sind personenbezogen vorzulegen. Die für die Projektleitung vorgesehene Person muss über eine Berufserfahrung von mindestens fünf

Jahren in der Objektplanung Gebäude, davon mindestens 3 Jahre in der Objektplanung Gebäude der Honorarzone IV oder höher, und über folgenden Berufsabschluss verfügen: Dipl.-Ing. TH/TU/FH oder Bachelor oder Master jeweils der Fachrichtung Architektur oder vergleichbar. Die für die stellvertretende Projektleitung vorgesehene Person muss über eine Berufserfahrung von mindestens fünf Jahren in der Objektplanung Gebäude, davon mindestens 3 Jahre in der Objektplanung Gebäude der Honorarzone IV oder höher, und über folgenden Berufsabschluss verfügen: Dipl.-Ing. TH/TU/FH oder Bachelor oder Master jeweils der Fachrichtung Architektur oder vergleichbar. Die für die Objektüberwachung vorgesehene Person muss über eine Berufserfahrung von mindestens fünf Jahren in der Objektüberwachung Gebäude (Leistungsphase 8 HOAI), davon mindestens 3 Jahre in der Objektüberwachung von Gebäuden der Honorarzone IV oder höher und über einen der folgenden Berufsabschlüsse verfügen: Dipl.-Ing. TH/TU/FH oder Bachelor oder Master jeweils der Fachrichtung Architektur oder des Bauingenieurwesens oder vergleichbar. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mindestanforderungen an die Referenzprojekte:

Erforderlich ist mindestens das unten näher beschriebene Referenzprojekt 1; gewertet werden maximal Referenzprojekt 1 und Referenzprojekt 2. Erfüllt das Referenzprojekt, die jeweils an dieses gestellten Mindestanforderungen nicht, wird es nicht gewertet. Für Referenzprojekt 1 und Referenzprojekt 2 kann nicht dasselbe Projekt benannt werden. Mindestens eines der wertbaren Referenzprojekte muss für einen öffentlichen Auftraggeber nach § 99 GWB erbracht worden sein. Referenzprojekt 1 muss die folgenden Mindestanforderungen in Gänze erfüllen: Es muss sich um einen Neubau und/oder einen Erweiterungsneubau handeln; sofern es sich um einen Erweiterungsbau handelt, muss der Neubauteil alleine die nachfolgenden Mindestanforderungen erfüllen. Es muss sich bei dem Neubau/Neubauteil um ein Gebäude handeln, welches nach Bauwerkszuordnungskatalog (gem. Baufachliche Richtlinien Gebäudebestandsdokumentation des Bundes) folgenden Kategorien zuzuordnen ist: "2300 Institute für Lehre und Forschung hochinstalliert" und/oder "2500 Laborgebäude" und/oder "3100 Hochschulkliniken (mit Forschung und Lehre)" und/oder "3200 Krankenhäuser (ohne Forschung und Lehre)". Die Leistungen der Objektplanung Gebäude müssen mindestens der Honorarzone IV gem. Anlage 10.2 HOAI zuzuordnen sein. Die Baukosten der KG 300 + KG 400 des Neubaus/Neubauteils müssen mindestens 30.000.000,00 € brutto betragen und der Anteil der KG 400 an diesen Baukosten (KG 300 + 400) muss mindestens 45 % betragen. Die Nutzungsfläche (NUF) des Neubaus/Neubauteils muss mindestens 2.000 m² betragen. Vom Bewerber müssen mindestens die Leistungsphasen 2 bis 8 der Objektplanung Gebäude vollständig erbracht werden. Die Bauübergabe an den Nutzer darf erst ab dem 01.01.2016 erfolgt sein. Der Start der Bauausführung muss bis spätestens 31.01.2026 erfolgt sein. Erfüllt Referenzprojekt 1 eine oder mehrere der vorgenannten Mindestanforderungen nicht, so wird es nicht gewertet. Referenzprojekt 2 muss die folgenden Mindestanforderungen in Gänze erfüllen: Es muss sich um einen Neubau und/oder einen Erweiterungsneubau handeln; sofern es sich um einen Erweiterungsbau handelt, muss der Neubauteil alleine die nachfolgenden Mindestanforderungen erfüllen. Es muss sich bei dem Neubau/Neubauteil um ein Gebäude handeln, welches nach Bauwerkszuordnungskatalog (gem. Baufachliche Richtlinien Gebäudebestandsdokumentation des Bundes) folgenden Kategorien zuzuordnen ist: "2300 Institute für Lehre und Forschung hochinstalliert" und/oder "2500 Laborgebäude" und/oder "3100 Hochschulkliniken (mit Forschung und Lehre)" und/oder "3200 Krankenhäuser (ohne Forschung und Lehre)". Die Leistungen der Objektplanung Gebäude müssen mindestens der Honorarzone IV gem. Anlage 10.2 HOAI zuzuordnen sein. Die Baukosten der KG 300 + KG

400 des Neubaus/Neubauteils müssen mindestens 20.000.000,00 € brutto betragen und der Anteil der KG 400 an diesen Baukosten (KG 300 + 400) muss mindestens 45 % betragen. Die Nutzungsfläche (NUF) des Neubaus/Neubauteils muss mindestens 2.000 m² betragen. Vom Bewerber müssen mindestens die Leistungsphasen 2 bis 8 der Objektplanung Gebäude vollständig erbracht werden. Die Bauübergabe an den Nutzer darf erst ab dem 01.01.2016 erfolgt sein. Der Start der Bauausführung muss bis spätestens 31.01.2026 erfolgt sein. Erfüllt Referenzprojekt 2 eine oder mehrere der vorgenannten Mindestanforderungen nicht, so wird es nicht gewertet. Mindestens eines der zuvor beschriebenen, zu wertenden Referenzprojekte muss für einen öffentlichen Auftraggeber gemäß § 99 GWB oder gleichwertig unter Anwendung von GWB, VgV, VOB/A und VOB/B ausgeführt worden sein, so dass die Prozesse des Genehmigungsverfahrens für öffentliche Bauvorhaben sowie das Vergaberecht zu berücksichtigen sind. Der Teilnahmeantrag wird ausgeschlossen, wenn nicht mindestens ein wertbares Referenzprojekt 1 vorliegt und/oder wenn nicht mindestens ein Referenzprojekt für einen öffentlichen Auftraggeber gemäß § 99 GWB oder gleichwertig unter Anwendung von GWB, VgV, VOB/A und VOB/B ausgeführt worden ist. Die Angaben zu den Referenzprojekten sind im Teilnahmeantrag einzutragen. Zusätzlich sind die Referenzprojekte jeweils auf einem beizufügenden Projektdatenblatt (1 Blatt DIN A3 oder 2 Blatt DIN A4) grafisch darzustellen und textlich zu erläutern. Die vorgelegten Referenzprojekte müssen im Unternehmen des/der Bewerber bearbeitet worden sein. Eine Referenz wird auch dann gewertet, wenn der verantwortliche Projektleiter die Leistung in einem anderen Unternehmen erbracht hat, sofern das andere Unternehmen die Freigabe erteilt, dass der Projektleiter diese Referenz verwenden kann. Bei Bewerbergemeinschaften aus mehreren Unternehmen gelten die Angaben und die Referenzen in Summe für die Bewerbergemeinschaft. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Projektteam, Projektorganisation, Koordination, Auslastung und Erreichbarkeit, Kommunikation

Beschreibung: Für das Kriterium 1 „Projektteam, Projektorganisation, Koordination, Auslastung und Erreichbarkeit, Kommunikation“ können maximal 350 Punkte erzielt werden. Dies entspricht 35 % der maximal erreichbaren Gesamtpunktzahl.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 35

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Methodik, Herangehensweise an die Projektaufgabe

Beschreibung: Für das Kriterium 2 „Methodik, Herangehensweise an die Projektaufgabe anhand eines vergleichbaren Referenzprojektes“ können maximal 450 Punkte erzielt werden. Dies entspricht 45 % der maximal erreichbaren Gesamtpunktzahl.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 45

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Honorar

Beschreibung: Für das Kriterium 3 „Honorar“ können maximal 200 Punkte erzielt werden. Dies entspricht 20 % der maximal erreichbaren Gesamtpunktzahl.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 20

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E33411319>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E33411319>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 28/09/2026 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen ist gemäß § 56 Abs. 3 VgV ausgeschlossen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: Eine Bewerbungsgemeinschaft hat die Aufgabenteilung plausibel darzulegen sowie die gesamtschuldnerische Haftung der einzelnen Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft nachzuweisen. Außerdem sind der bevollmächtigte Vertreter der Bewerbungsgemeinschaft sowie die Rechtsform der Bewerbungsgemeinschaft zu benennen. Sämtliche Belege, Nachweise und Anlagen zum Teilnahmeantrag sind jeweils von allen Mitgliedern der Bewerbungsgemeinschaft formgerecht vorzulegen.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammern des Saarlandes, Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie

Informationen über die Überprüfungsfristen: Vorgaben und Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen gemäß §160 Abs. 3 GWB. Der Antrag ist unzulässig soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Das Saarland, vertreten durch das Ministerium für Inneres, Bauen und Sport, vertreten durch das Landesverwaltungsamt (LaVA), Abt. 4 SHB - Staatliche Hochbaubehörde

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Vergabekammern des Saarlandes, Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Das Saarland, vertreten durch das Ministerium für Inneres, Bauen und Sport, vertreten durch das Landesverwaltungsamt (LaVA), Abt. 4 SHB - Staatliche Hochbaubehörde

Organisation, die Angebote bearbeitet: WPW GmbH

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Das Saarland, vertreten durch das Ministerium für Inneres, Bauen und Sport, vertreten durch das Landesverwaltungsamt (LaVA), Abt. 4 SHB - Staatliche Hochbaubehörde

Registrierungsnummer: 10000000-00103320000001-85

Abteilung: Landesverwaltungsamt (LaVA), Abt. 4 SHB Staatliche Hochbaubehörde

Postanschrift: Hardenbergstr. 6

Stadt: Saarbrücken

Postleitzahl: 66119

Land, Gliederung (NUTS): Regionalverband Saarbrücken (DEC01)

Land: Deutschland

E-Mail: S.Richter-Scheil@lava.saarland.de

Telefon: +49 681 501 800

Fax: +49 681 501 84440

Internetadresse: <https://www.innen.saarland.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: WPW GmbH

Registrierungsnummer: DE 205 941 976

Abteilung: Vergabemanagement
Stadt: Saarbrücken
Postleitzahl: 66115
Land, Gliederung (NUTS): Regionalverband Saarbrücken (DEC01)
Land: Deutschland
E-Mail: s.schwarz@wpw.de
Telefon: +49 681 99 200
Internetadresse: <https://www.wpw.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffungsdienstleister
Organisation, die Angebote bearbeitet

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammern des Saarlandes, Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie
Registrierungsnummer: 10000000-00108010000001-47
Stadt: Saarbrücken
Postleitzahl: 66119
Land, Gliederung (NUTS): Regionalverband Saarbrücken (DEC01)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammern@wirtschaft.saarland.de
Telefon: +49 681 501 4994
Fax: +49 681 501 3506
Internetadresse: <https://www.saarland.de>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle
Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 5ebee6bf-213e-4d94-91f5-d1fd5c5c0f72 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 27/08/2026 11:41:27 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 597397-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 167/2026

Datum der Veröffentlichung: 31/08/2026